

KV-Nr.: 2716

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 9 Blatt
und ist vollständig durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständig-
keit zu überprüfen.**

Josef Sembrock

Rechtsanwalt und Notar

Dr. Veit Scholz

Rechtsanwalt und Notar

Fachanwalt für Steuerrecht

Susanne Berger

Rechtsanwältin und Notarin

An das

Arbeitsgericht Bochum

Marienplatz 2

44787 Bochum



44866 Bochum

Westenfelder Str. 14

Telefon 02327/86421 u. 86422

Telefax 02327/83730

Tag: 03.01.2002

KLAGE

des Herrn Davor Stanic, Wallbaumweg 130, 44894 Bochum,

- Kläger -,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Sembrock pp., Westenfelder Str. 14,
44866 Bochum,

gegen

SG Wattenscheid 09 e.V., Lohrheidestraße 82, 44866 Bochum-Wattenscheid, vertreten durch den Vorstand, Herrn Ulf Bäcker,

- Beklagter -,

wegen: Zahlung.

Namens und mit Vollmacht des Klägers erheben wir Klage und beantragen,

den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger 8.180,67 EUR
(= 16.000,00 DM) zu zahlen.

1 Ca 46/02

Begründung:

Der Kläger, der aus Kroatien stammt und als Fußballspieler tätig ist, schloss am 01.11.2000 mit dem Beklagten einen Arbeitsvertrag. Dabei verpflichtete sich der Beklagte, an den Kläger ein monatliches Bruttogehalt in Höhe von 2.000,00 DM zu zahlen.

Beweis: Arbeitsvertrag vom 01.11.2000 in Kopie in Anlage K 1.

Das zwischen den Parteien bestehende Vertragsverhältnis endete mit Ablauf der Saison 2000/2001 am 30.06.2001. Zahlungen erfolgten jedoch nicht.

Für die Monate von November 2000 bis Juni 2001 ergibt sich insgesamt ein Brutto-lohnanspruch in Höhe von 16.000,00 DM (= 8.180,67 EUR).

Mit Schreiben vom 28.10.2001 wurde der Beklagte aufgefordert, bis spätestens 15.11.2001 den offenen Betrag zu zahlen.

Beweis: Anwaltsschreiben vom 28.10.2001 in Kopie in Anlage K 2.

Eine Zahlung durch den Beklagten erfolgte dennoch nicht, so dass Klage geboten ist.

Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.


(Dr. Scholz)



VERTRAG

Der Verein SG Wattenscheid 09 e. V., vertreten durch Herrn Ulf Bäcker, Lohrheidestraße 82, 44866 Bochum-Wattenscheid,

- nachstehend „Verein“ genannt -,

und

Herr Davor Stanic, geb. am 18.11.1976, wohnhaft z. Zt. in Kroatien,

- nachstehend „Spieler“ genannt -

schließen folgenden Vertrag:

§ 1

Der Spieler verpflichtet sich, für den Verein den Fußballsport als Vertragsamateur im Sinne der Vorschriften der §§ 15 bis 15 e) der DFB-Spielordnung und gegebenenfalls der Rahmenbedingungen für die Regionalligen auszuüben, die er ausdrücklich anerkennt.

Der Spieler unterwirft sich den Satzungen und Ordnungen seines Vereins, des Landes- und des Regionalverbandes sowie des DFB in ihrer jeweils gültigen Fassung, insbesondere der Vereins- und Verbandsstrafgewalt, und ihren sonstigen Entscheidungen.

§ 2

Der Verein verpflichtet sich zur Zahlung folgender Vergütung:
Monatliche Zahlung: DM 2.000,00

Sonstige Leistungen: Die Prämienzahlung richtet sich nach der jeweils festgelegten Prämienordnung. Die Bezüge des Spielers sind Bruttobezüge. Die Erfüllung eventuell vorhandener steuer- und versicherungsrechtlicher Verpflichtungen ist ausschließlich Sache des Vereins und des Spielers.

§ 3

Verträge müssen bis zum Ende einer Spielzeit abgeschlossen werden. Die Vertragsdauer ist nicht begrenzt. Der Abschluss eines Vertrages ist während eines Spieljahres auch für die laufende Spielzeit möglich. Der Vertrag gilt bis zum 30.06.2001 (Ende der Saison 2000/2001).

§ 4

1.

Von einem Abdruck wurde abgesehen.

2.

Der Vertrag endet vorzeitig mit Wirksamwerden eines von den Parteien geschlossenen Aufhebungsvertrages oder einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund.

§ 6

Von einem Abdruck wurde abgesehen.

§ 7

Änderungen, Ergänzungen oder Aufhebungen dieses Vertrages werden erst mit ihrer schriftlichen Festlegung wirksam. Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit.

Bochum, den 01.11.2000

SG Wattenscheid 09, Lohrheidestr. 82, 44866 Bochum - Wattenscheid

Arbeitsgericht Bochum

Marienplatz 2

46397 Bochum



Bochum, den 11.02.2002

In dem Rechtsstreit

Stanic ./ SG Wattenscheid 09

- 1 Ca 46/02 -

beantragen wir zunächst,

das Rubrum auf Beklagtenseite zu berichtigen. Der beklagte Verein wird vom Unterzeichner als Vorstand vertreten.

In der Sache beantragen wir,

die Klage abzuweisen.

Begründung:

Die dem Beklagten am 14.01.2002 zugestellte Klage ist unbegründet.

Der derzeitige Vorstand des Beklagten ist hinsichtlich der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Kläger auf die Informationen des bereits am 23.05.2001 zurückgetretenen Vorstandes des Beklagten angewiesen. Danach ergibt sich folgender Sachverhalt: Vor Abschluss der Vereinbarungen der Parteien vom 01.11.2000 hielt sich der Kläger in Kroatien auf. Er wollte auf dem deutschen Fußballmarkt Fuß fassen. Bereits bei den Vertragsverhandlungen war klar, dass der Beklagte dem Kläger eine Vergütung würde nicht zahlen können. Es ging dem Kläger letztlich auch gar nicht darum, für sein Fußballspiel entlohnt zu werden, vielmehr stand für ihn im Vordergrund, dass er sich über seine fußballerischen Leistungen bei dem Beklagten für höherklassige Vereine empfehle.

Der Kläger hätte aber seitens der zuständigen Ausländerbehörde keine Aufenthaltsbewilligung erhalten, hätte er der Behörde nicht nachgewiesen, dass er in Deutschland über ein eige-

nes Einkommen als Sportler verfügen und deswegen auf Sozialhilfe nicht angewiesen sein wird. Nur zur Vorlage bei der Ausländerbehörde wurde der Vertrag vom 01.11.2000 geschlossen.

Der ehemalige Vorstand durfte einen Vertrag mit einer monatlichen Vergütung in Höhe von 2.000,00 DM brutto in Ansehung der schwachen wirtschaftlichen Verhältnisse der Beklagten überhaupt nicht eingehen.

Tatsächlich hat der Kläger zwar zwei- bis dreimal in der Woche am Training teilgenommen, aber für den Beklagten lediglich sieben Spiele absolviert, das erste am Anfang der Rückrunde am 24.02.2001, das letzte am 31.03.2001. An diesem Tag wurde der Kläger vom Spielbetrieb suspendiert, nachdem er zusammen mit einem Mitspieler den Spielleiter der Beklagten tätlich angegriffen hatte. Am 30.04.2001 haben die Parteien den Amateurvertrag sodann mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Im Bestreitensfall können wir eine Kopie des Aufhebungsvertrages vom 30.04.2001 vorlegen.

Zwar spielte der Kläger nochmals am 09. und 13.05.2001 für den Beklagten Fußball. Bei beiden Spieleinsätzen war jedoch der Kläger an den Beklagten herantreten und hatte ihn gebeten, ihn noch zweimal spielen zu lassen, da ein anderer, eine Klasse höher spielender Verein sich für ihn interessiere und ihn beschäftigen wollte. Die Vertreter dieses Vereines wollten sich zwei Spiele von ihm ansehen. Dem Wunsch des Klägers ist der Beklagte sodann nachgekommen. Nach dem 30.04.2001 hat der Kläger aber nicht mehr am Trainingsbetrieb des Beklagten teilgenommen.


- Fritz Grunmann -

1. Vorsitzender

Josef Sembrock

Rechtsanwalt und Notar

Dr. Veit Scholz

Rechtsanwalt und Notar

Susanne Berger

Rechtsanwältin und Notarin

An das

Arbeitsgericht Bochum

Marienplatz 2

44787 Bochum



44866 Bochum

Westenfelder Str. 14

Telefon 02327/86421 u. 86422

Telefax 02327/83730

Tag: 04.04.2002

In Sachen Stanic ./ SG Wattenscheid - 1 Ca 46/02 -

nehmen wir zur Klageerwiderung wie folgt Stellung:

Es ist zutreffend, dass sich der Kläger vor Abschluss der Vereinbarung vom 01.11.2000 in Kroatien aufgehalten hat. Falsch ist indes, es sei dem Kläger gar nicht darum gegangen, für seine Tätigkeit entlohnt zu werden. Der Kläger war auf der Suche nach einem neuen Arbeitgeber und kam zum Beklagten. Unzutreffend ist, dass der Vertrag lediglich deswegen geschlossen worden wäre, damit der Kläger eine Aufenthaltserlaubnis erhält. Für den Kläger haben sich auch andere Vereine, beispielsweise Fortuna Köln, interessiert. Es war von jeher das Ansinnen des Klägers gewesen, für den Beklagten als Fußballer tätig zu sein. Dies ergibt sich auch aus der Tatsache, dass der Kläger für den Beklagten Ligaspiele absolviert hat.

Es mag zwar sein, dass der Beklagte das auf den 30.04.2001 datierte Schriftstück unterzeichnet hat. Ihm steht aber unabhängig von dieser Vereinbarung ein weiterer Lohnanspruch zu. Wie der Beklagte selbst einräumt, hat der Kläger noch zweimal für den Beklagten Fußball gespielt. Hierfür muss der Beklagte das dem Kläger zustehende Gehalt zahlen.

Es liegt ein schriftlicher Arbeitsvertrag vor, dessen Verpflichtungen der Beklagte zu erfüllen hat. Irrelevant ist, ob der damalige erste Vorsitzende des Beklagten in Ansehung der schwachen wirtschaftlichen Verhältnisse des Beklagten nicht dazu befugt gewesen war, einen derartigen Vertrag einzugehen. Herr Ulf Bäcker war zu dem entsprechenden Zeitpunkt Vorstand des Vereins und nach außen hin in seiner Vertretungsmacht uneingeschränkt. Etwaige Beschränkungen gehen nicht zu Lasten des Klägers.

Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.

Dr. Scholz
(Dr. Scholz)

Öffentliche Sitzung des Arbeitsgerichts

Geschäfts-Nr.: 1 Ca 46/02

Bochum, den 02.05.2002

Anwesend:

Vorsitzende(r):

Richter am ArbG Gertz

Ehrenamtliche Richter:

Wentzel und Segger

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle:

JAng. Jung

In dem Rechtsstreit

des Herrn Davor Stanic, Wallbaumweg 130, 44894 Bochum,

- Kläger(in) -

Prozessbevollmächtigte(=): RAe Sembrock pp., Bochum,

gegen

SG Wattenscheid 09, vertreten durch den Vorstand Fritz Grunmann,
Lohrheidestraße 82, 44866 Bochum,

- Beklagte(r) -

erschieden nach Aufruf zur Sache:

1. für den Kläger RA Dr. Scholz,

2. der erste Vorsitzende des Beklagten, Herr Fritz Grunmann.

Die Sach- und Rechtslage wurde erörtert.

Der Klägervertreter stellte den Antrag aus der Klageschrift vom
03.01.2002.

Der Beklagtenvertreter beantragte, die Klage abzuweisen.


b.u.v.

Eine Entscheidung ergeht am Schluss der Sitzung.

**Von einem Abdruck der am Schluss der Sitzung
verkündeten Entscheidung wurde abgesehen.**



(Richter am Arbeitsgericht)



(Justizangestellte)

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten und den Streitwert ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Eine durchgeführte Güteverhandlung blieb erfolglos.

Der Bearbeitung ist der nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26.11.2002, also der insoweit seit dem 01.01.2002 geltende Rechtszustand zugrunde zu legen. Übergangsvorschriften sind nicht zu prüfen.

Von einem Abdruck der Anlage 2 zur Klageschrift wurde abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass sie den vorgetragenen Inhalt hat.

Prüfervermerk zur Vortragsakte Nr. 2716

Dem Vortrag liegt die Austauschprüfungsaufgabe AV III/350 des Landesprüfungsamtes für Juristen Rheinland-Pfalz zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

Die Klage dürfte **zulässig** sein. Der Rechtsweg zur Arbeitsgerichtsbarkeit dürfte gem. § 2 I Nr. 3 a ArbGG eröffnet sein. Die zutreffende Parteibezeichnung des Beklagten lautet: „SG Wattenscheid 09 e.V., vertreten durch den Vorstand, Herrn Fritz Grunmann“. Gem. § 26 II 1 BGB vertritt der Vorstand den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Die unrichtige Angabe des Namens des früheren Vorstandes in der Klageschrift kann jederzeit von Amts wegen berichtigt werden, da auch bei der Vornahme der Berichtigung die Identität des Beklagten gewahrt bleibt.

Die Klage dürfte lediglich **teilweise begründet** sein. Dem Kläger dürfte zunächst ein Anspruch auf Zahlung von Arbeitsentgelt für die Monate November 2000 bis April 2001 zustehen. Dieser Anspruch dürfte sich aus § 611 I BGB i.V.m. Arbeitsvertrag der Parteien vom 01.11.2000 ergeben. Die Parteien haben unstreitig am 01.11.2000 einen Vertrag unterzeichnet, in dem der Kläger sich verpflichtet hat, als Vertragsamateur für den Beklagten Fußball zu spielen und der Beklagte sich zur Zahlung einer monatlichen Vergütung verpflichtet hat. Hierbei handelt es sich um einen Arbeitsvertrag.

Der Beklagte behauptet, zwischen den Parteien habe Einvernehmen darüber bestanden, dass der Arbeitsvertrag nur abgeschlossen werde, um dem Kläger eine Aufenthaltsgenehmigung zu beschaffen und, dass dem Kläger keine Vergütung gezahlt würde. Dies dürfte aber nicht dazu führen, dass die in dem Vertrag abgegebenen Erklärungen gem. § 117 I BGB nichtig sind, weil es sich um ein Scheingeschäft handelt. Ein Scheingeschäft liegt vor, wenn die Parteien einverständlich nur den äußeren Schein eines Rechtsgeschäftes hervorrufen, die mit dem Geschäft verbundenen Rechtsfolgen aber nicht eintreten lassen wollen (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB⁶¹, § 117 Rn. 3). In einem solchen Fall gilt das Gewollte und nicht das Erklärte. Kein Scheingeschäft liegt dagegen vor, wenn der von den Parteien erstrebte Rechtserfolg gerade die Gültigkeit des Rechtsgeschäftes voraussetzt (vgl. Palandt/Heinrichs, a.a.O., § 117 Rn. 4). Ob ein Vertrag als Scheingeschäft zu werten ist, hängt maßgeblich davon ab, ob die Parteien für das von ihnen verfolgte Ziel die Vorlage des Scheinvertrags für genügend oder einen ernst gemeinten Vertrag für notwendig gehalten haben (vgl. Soergel/Hefermehl, BGB¹³, § 117 Rn. 4, steht bei der Bearbeitung nicht zur Verfügung). Letzteres dürfte hier der Fall sein. Der Kläger hat am Spielbetrieb des Beklagten teilgenommen, nämlich zwei- bis dreimal in der Woche mittrainiert und Ligaspiele für den Beklagten absolviert. Gemeinsames Ziel der Parteien war es demnach, den Kläger in den Spielbetrieb des Beklagten einzubinden. Von einem Scheinvertrag dürfte daher nicht auszugehen sein. Im Übrigen hat der insoweit darlegungs- und beweispflichtige Beklagte das Vorliegen eines solchen Scheingeschäftes nicht unter Beweis gestellt. Die Scheinnatur eines Rechtsgeschäftes hat derjenige zu beweisen, der sein Vorliegen behauptet (vgl. Palandt/Heinrichs, a.a.O., § 117 Rn. 9), hier demnach der Beklagte. Zwar trägt die Darlegungs- und Beweislast für das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses grundsätzlich der Kläger als Arbeitnehmer. Durch die Vorlage des Vertrages vom 01.11.2000, dessen Unterzeichnung der Beklagte nicht in Zweifel gezogen hat, hat der Kläger jedoch seiner Darlegungs- und Beweislast genügt. Dieser schriftliche Vertrag, der die Vermutung der Richtigkeit und Vollständigkeit für sich haben dürfte, belegt, dass der Kläger weisungsgebunden als Arbeitnehmer für den Beklagten tätig sein sollte. Selbst wenn der damalige Vorstand zum konkreten Vertragsabschluss, nämlich zur Vereinbarung einer monatlichen Vergütung in Höhe von 2.000,00 DM, nicht berechtigt gewesen sein sollte, dürfte dies der Wirksamkeit des Vertragsabschlusses nicht entgegen stehen. Der Vorstand des Beklagten hat die „Stellung eines gesetzlichen Vertreters“ (§ 26 II 1 2. HS. BGB). Diese Vertretungsmacht ist grundsätzlich unbeschränkt und kann allenfalls durch eine eindeutige Satzungsbestimmung mit Wirkung gegenüber Dritten eingeschränkt werden (§ 26 II 2 BGB). Für eine solche eindeutige Satzungsbestimmung bestehen im vorliegenden Fall keine Anhaltspunkte. Die Parteien haben das Arbeitsverhältnis unstreitig durch Aufhebungsvertrag vom 30.04.2001 mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Der Kläger dürfte daher gegen den Beklagten einen Anspruch auf Vergütung für die Monate November 2000 bis April 2001, mithin in Höhe von 12.000,00 DM haben.

Dem Kläger dürfte darüber hinaus kein Anspruch auf Zahlung der Vergütung für die Monate Mai und Juni 2001 zustehen. Für diese Monate ergibt sich kein Vergütungsanspruch aus dem Vertrag vom 01.11.2000, da dieser durch den Aufhebungsvertrag vom 30.4.2001 beendet wurde. Ein Vergütungsanspruch für den Monat Mai 2001 dürfte sich auch nicht aus §§ 611 I, 612 I BGB ergeben. Gem. § 612 I BGB gilt eine Vergütung als stillschweigend vereinbart, wenn die Dienstleistung den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist. Zu berücksichtigen sein dürften insoweit Art, Umfang und Dauer der Dienstleistungen, der Berufs- und Erwerbsverhältnisse des Dienstleistenden sowie der Verkehrssitte (vgl. Palandt/Putzo, a.a.O., § 612 Rn. 4). Im vorliegenden Fall wurde das Vertragsverhältnis von den Parteien Ende April gerade aufgehoben. Der Kläger hat lediglich an zwei Spielen im Mai, unstreitig aber nicht am Trainingsbetrieb teilgenommen. Der für das Vorliegen der Umstände nach § 612 I BGB darlegungspflichtige Kläger hat – auch angesichts des von dem Beklagten behaupteten ausschließlichen Interesses des Klägers an den beiden Spieleinsätzen – nicht dargetan, dass diese beiden Spieleinsätze nach der Vertragsaufhebung nur gegen die Zahlung einer Vergütung zu erwarten waren.

Mit entsprechender Begründung dürfte auch ein anderes Ergebnis vertretbar sein.

Eine Anspruchsgrundlage für einen Vergütungsanspruch für den Monat Juni 2001 dürfte nicht ersichtlich sein.

Textkontrolle: ArbGG, BGB